

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

### Der polizeiliche Forderlohn in Preußen.

Aber die Behandlung von Sachen, die durch die Polizei gefunden werden und deren Eigentümer nicht festzustellen ist, entstehen immer wieder Zweifel und Meinungsverschiedenheiten. Der preussische Minister des Innern hat jetzt zur Erzielung einer gleichmäßigen Behandlung dieser Frage durch die einzelnen Polizeirevierverwaltungen im Einvernehmen mit dem Justizminister nachfolgende Verfügung gegeben: Den Polizeibeamten wird das Recht aus dem Funde, also der Forderlohn, dann nicht vorenthalten sein, wenn er als Forderlohn angesehen ist, das heißt, wenn er eine verlorene Sache entdeckt und an sich genommen hat und zum Annehmen nicht dienstlich verpflichtet gewesen ist. Beim Vorliegen der Dienstpflicht nimmt aber der Beamte, im Gegensatz zur Privatperson, die Sache nicht für sich persönlich, sondern für die Behörde in Besitz. An der Hand dieser Darlegungen ist im einzelnen Falle zu entscheiden, ob dem Polizeibeamten die Ansprüche des Finders zuzurechnen sind oder nicht.

### Französischer Staatsbürgerkrieg.

Deutsche aus den besetzten Gebieten, welche Entschlossenheit betonen wollen, werden von den französischen Kreisbesorgern aufgefordert, die französische Staatsangehörigkeit zu erwerben. Ohne Schwierigkeiten wird solchen Deutschen dann die französische Nationalität gegeben.

### Vernichtungswirkungen der Sanktionen.

Zu den Sanktionen am Rhein nahm der Stadtrat von Ludwigshafen Stellung durch eine Entschließung, in der es heißt, daß alle Beweise besten Willens, die Deutschland durch die pünktliche Erfüllung der ihm im Londoner Ultimatum auferlegten Verpflichtungen gegeben hat, bis zur Stunde ohne Erfolg geblieben seien. Dabei steige die wirtschaftliche Not bis auf höchste, der Zusammenbruch sei kaum mehr aufzuhalten. Die Industrie, deren Lager überfüllt seien, bliebe ohne Aufträge, der reelle Verkehr sei auf Schritt und Tritt gehemmt. Arbeitslosigkeit, Leuerung und Massenelend bedrohten Land und Stadt. Der Stadtrat bitte die Reichsregierung dringend, mit allen Mitteln die Aufhebung der Sanktionen betreiben zu lassen.

### Abzüge von den Reparationsleistungen.

Die „Chicago Tribune“ schreibt, sind internationale Juristen zu dem Schluß gelangt, daß die in London festgesetzte deutsche Reparationssumme von 132 Milliarden Mark die Gesamtschuldung darstelle, welche die Alliierten von sämtlichen ehemals feindlichen Ländern, nicht aber von Deutschland allein zu beanspruchen hätten. Diese Auffassung, die jetzt von allen Juristen der Alliierten geteilt werde, gründe sich auf Artikel 231 des Versailler Vertrages. Die Entschuldigende bedeutete nicht, daß die verbündeten Deutschlands nicht zur Reparation herangezogen würden, sondern daß die von ihnen bezahlten Beträge Deutschland zu erlassen seien. Über die Heranziehung der kleinen Mächte zur Reparation sei noch nichts bestimmt, es könne sich aber nur um einen geringen Teil des Gesamtbetrages handeln.

### Die bayerischen Wasserstraßenvorlagen.

Der Bayerische Landtag hat den Wasserstraßenvorlagen zugestimmt, nämlich dem Gesetzentwurf über den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich, dem Entwurf eines zwischen der Bayerischen Regierung und der Reichsregierung abzuschließenden Vertrages wegen Ausführung der Main-Donau-Wasserstraße und dem Zusatzvertrag zwischen dem Reich, Bayern und Baden und schließlich der Denkschrift über die Neueinrichtung einer Wasserstraßenverwaltung.

### Ein Tag Gefängnis gleich 150 Mark in Bayern.

Nach einer Mitteilung des bayerischen Justizministeriums wird gegenwärtig im Reichsjustizministerium ein Gesetzentwurf über Umwandlung von Freiheitsstrafen in Geldstrafen ausgearbeitet. Es soll künftig ein Tag Freiheitsstrafe mit 150 Mark Geldstrafe gleichgesetzt werden (bisher 15 Mark). Die Vorlage wird schon in nächster Zeit erscheinen, und die neuen Bestimmungen sollen am 1. Oktober in Kraft treten.

### Braunschweigische Verfassungsfragen.

Die braunschweigische Landtagsfraktion des Landesverbandes veröffentlicht eine Erklärung, wonach sie entsprechend ihren Beschlüssen nur so lange Obstruktion zu treiben beabsichtigt, bis die kritische Frage der Rechtszuständigkeit des gegenwärtigen braunschweigischen Landtags entschieden sei. Nach der befristeten Entscheidung des Staatsgerichtshofes wolle sie ihre Arbeiten in der Landesversammlung wieder aufnehmen.

### Rumänien.

Die Schlägerei im Parlament. In Bukarest kam es zu Ständischen in der rumänischen Kammer. Dem gegenwärtigen Handelsminister Tasiuanu wurde vorgeworfen, er habe die Mehrheit der Kammer für einen Vertrag mit einer Industrie-Gesellschaft dadurch gewonnen, daß die Abgeordneten unentgeltlich neue Aktien der Gesellschaft erhielten. In dem darauf folgenden großen Lärm schlug der Abgeordnete Woga dem gegenwärtigen Handelsminister mit einer Peitsche ins Gesicht, weil er das Haus mit Aktien bestochen habe. Die Schlägerei wurde schließlich allgemein, so daß der Präsident die Sitzung schließen mußte.

### Aus In- und Ausland.

Hamburg. Nachdem die Aufgaben des Hamburger Kriegsverwaltungsamtes infolge des Abbaus der Zwangsindustrie auf einen ganz geringen Umfang zusammengeschmolzen sind, hat der Verbraucherrat beschlossen, sich aufzulösen.

Hamburg. Zum Leiter des deutschen und baltischen Verkehrs des Schiffsverkehrsamtes der Vereinigten Staaten mit dem Sitz in Hamburg ist Kapitän Warren F. Purday ernannt worden.

Brüssel. Der belgische Ministerpräsident hat an die Provinzialverwaltungen einen Erlaß gerichtet, worin er an das Einrücken der deutschen Truppen in Belgien am 1. August 1914 erinnerte. Die Strengelassen werden an dem Grunntungstage lauten.

Brug. Das Abgeordnetenhaus genehmigte den Staatsbürgerlichkeitsvertrag mit Deutschland.

Atten. Anlässlich der Einnahme von Antwerpen wurde gefeiert und ein feierliches Teubum abgehalten. Ein militärischer Bericht besagt, daß die Griechen mehrere tausend Gefangene machten.

## Gütlicher Ausgleich in der Broitfrage.

Keine Gewaltaktion der Gewerkschaften.

Nach zuverlässigen Meldungen ist ein gewalttätiges Vorgehen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände gegen die bevorstehende Broitpreiserhöhung nicht beabsichtigt. Da die Getreidebewirtschaftung durch Beschluß des Reichstags auf eine andere Grundlage gestellt ist, wird man sich darauf beschränken, zusammen mit den Arbeitgebern in der Zentralarbeitsgemeinschaft einen Ausgleich für die neue Verteuerung eines so wichtigen Lebensmittels zu finden. Die Verhandlungen werden in einigen Tagen beginnen, sobald die maßgebenden Persönlichkeiten des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes nach Berlin zurückgekehrt sind. Die Gewerkschaften erklären jedoch, daß infolge der Broitpreiserhöhung an einen Lohnabbau in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Besondere Verhandlungen zwischen den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen und der Regierung werden nicht mehr gepflogen werden, da man bei der Haltung der Arbeitgeber zu einer befriedigenden Lösung der Lohnzulagen zu kommen hofft.

### Englischer Kredit für Getreideeinkäufe.

Halbamtlich wird gemeldet, daß in den letzten Tagen zwischen der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel mit Zustimmung des Reichs Ernährungsministeriums und Reichsfinanzministeriums ein Abkommen mit einer größeren Gruppe englischer Großbanken getroffen wurde, nach dem der Einfuhrgesellschaft ein Kredit in der Höhe von zunächst drei Millionen Pfund Sterling zur Verfügung gestellt wird.

Der Kredit wird in der Weise gewährt, daß für die Brotgetreideeinkäufe aus Übersee die Verschiffer auf die englischen Großbanken (u. a. Baring, Kleinwort, Morgan, Rothschild, Schröder) Wechsel mit viermonatiger Laufzeit ziehen. Auf diese Weise können die noch für Deutschland erforderlichen Mengen Brotgetreide im Auslande zu recht günstigen Bedingungen erworben werden.

### Neue Fernspreckgebühren am 1. Oktober.

Rändigung bis zum 30. September. Das Reichsgesetzblatt bringt in seiner neuesten Ausgabe das Gesetz über die neuen Fernspreckgebühren. Am 1. Oktober d. J. treten die neuen Gebühren in Kraft. Jeder Teilnehmer darf bis zum 1. September für den 30. September kündigen.

Für jeden Fernspreckanschluß werden eine Einrichtungsgebühr, eine Grundgebühr und eine Ortsgesprächsgebühr erhoben. Davon wird die Einrichtungsgebühr als einmaliger Zuschuß von 100 Mark für den Hauptanschluß und 250 Mark für den Nebenanschluß zu den Kosten für die Einrichtung der Teilnehmerprekstellen gerechnet. Die Grundgebühr ist die Vergütung für die Aderlassung und Unterhaltung der Apparate, sowie für den Bau und die Instandhaltung der Anschlußleitung. Sie beträgt in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen 30 Mark und erreicht in Berlin bei 200 000 Hauptanschlüssen den Betrag von 760 Mark. Dazu kommt noch die Gesprächsgebühr für die Herstellung der Gesprächsverbindungen im Ortsverkehr mit 25 Pfennig für jedes Gespräch. 40 Gespräche sind auf alle Fälle im Monat zu bezahlen. Die falschen Verbindungen sind pauschal. In Ortsnetzen mit nicht mehr als 1000 Anschlüssen werden 3 Prozent, bis 10 000 Telephone 4 Prozent und mehr mit 5 Prozent abgerechnet.

Wer viel spricht oder oft angerufen wird — das Ermessen darüber liegt in den Händen der Postverwaltung — wird genötigt, sich einen zweiten Apparat anzulegen. Sonst kann der überlastete Anschluß gekündigt werden. Der Reichspostminister kann mit Zustimmung des Reichsrats und eines aus 21 Mitgliedern bestehenden Ausschusses die Gebühren erhöhen oder ermäßigen.

## Das Burgenland.

Die Übergabe an Österreich.

Nach dem Friedensvertrage von St. Germain hat Ungarn einen Streifen seines westlichen Gebietes, das sogenannte Burgenland an Deutsch-Osterreich abzutreten. Gegen diese Bestimmung macht sich in Ungarn starker Widerstand geltend, der insbesondere der Entente, die auf der Durchführung des Vertrages besteht, viel Sorge macht.



Osterreichisch-Westungarn.

Österreichische Agitation zurückzuführen seien. Es ist schon wiederholt der Versuch gemacht worden, die durch die Friedensverträge verfügte Wiedereinrichtung des Burgenlandes an Osterreich als ledig. Im Interesse Deutschlands gelegen hinzustellen und auf diese Weise die Entente im Sinne einer Revision der auf das Burgenland bezüglichen Vertragsbestimmungen zu beeinflussen. Die erwähnten Meldungen bilden nur ein weiteres Glied in der leider schon langen Reihe propagandistischer Versuche, die im Interesse beider Staaten gelegene reibungslose Durch-

führung der Eingliederung bald durch Verbreitung falscher Meldungen unter der westungarischen Bevölkerung bald durch irrtümliche Unterrichtung des Auslandes zu vereiteln. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß es an der Zeit wäre, wenn von österreichischer Seite dieser Kampagne gerade im Interesse der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten energischer entgegengetreten würde.

## Arbeiter und Angestellte.

Köln. (Reinsschiffahrt stillgelegt.) Nachdem auch das Frankfurter Maschinen- und Heizpersonal in den Ausstand getreten ist, liegt die gesamte Rheinsschiffahrt still. Auch im besetzten Gebiet beharrt man entgegen dem Befehl der Rheinlandkommission in Koblenz im Ausstand.

Gotha. (Beilegung des Spielwaren-Astreiks.) Der große Generalstreik in der Sonneberger Spielwarenindustrie ist durch eine 25prozentige Lohnerrhöhung an sämtliche Arbeiter vermieden worden.

Mühlhausen. (Der eilässliche Textilarbeiterstreik.) Der Streik der Textilarbeiter zieht im Vordergrund des Interesses. In allen von ihm betroffenen Orten ergreift man Maßnahmen, um die Streikenden vor Hungernot zu schützen. Die Zahl der Streikenden hat 20 000 weit überschritten. Die Gemeinderäte von Mühlhausen und Schweiger beschloffen, den Streikenden täglich einmal ein Essen in den Volkstüchen zu verabreichen und bewilligten zu dem Zweck 50 000 Frank bzw. 10 000 Frank. Von der Textilarbeiterschaft hatten sich bekanntlich 98 Prozent gegen den Lohnabbau und für den Streik ausgesprochen, weil ersterer nicht gerechtfertigt sei, und weil die nordfranzösischen Textilarbeiter viel höhere Löhne beziehen. Im Ober- und Unterelsaß stehen 68 Fabriken im Streik.

Stettin. (Ausbreitung des Landarbeiter-Astreiks.) Der Streik der landwirtschaftlichen Arbeiter auf den Gütern im Kreis Greifswald hält an. Inzwischen hat er auch auf Rügen übergriffen, wo auf 21 Gütern gestreikt wird. Die Streikenden haben seine Lohnforderungen gestellt, vielmehr verlangen sie die Wiedereinrichtung des kommunistischen Kreislagabgeordneten Ratsh. Es handelt sich um einen wilden Streik; der Landarbeiterverband steht nicht hinter den Streikenden.

## Sächliche und lokale Mitteilungen.

Raunhof, den 21. Juli 1921.

### Werkblatt für den 23. Juli.

Sonnenaufgang 6<sup>40</sup> | Mondaufgang 8<sup>17</sup> |  
Sonnenuntergang 8<sup>40</sup> | Monduntergang 6<sup>40</sup> |

1896 Rechtslehrer und Volkstier Rudolf v. Ortel gest. — 1920 Amerikanischer Finanzmann William Vanderbilt gest. — Waffenstillstandsangebot Bolens an die russische Sowjetregierung.

Testamente von Kriegsteilnehmern. Bei der Rechtsabteilung des Reichswehrministeriums wird noch eine große Anzahl von Testamenten aufbewahrt, die von Kriegsteilnehmern im Felde errichtet worden sind. Soweit sie als sogenannte „privilegierte letztwillige Verfügungen“ errichtet sind, haben sie mit Ablauf eines Jahres, nachdem der Truppenteil des Testators demobilisiert wurde, der Errichter demobilisiert worden oder aus der Kriegsgesangenschaft zurückgeführt ist, ihre Gültigkeit verloren. Die nach den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches errichteten ordentlichen Testamente behalten ihre Gültigkeit. Die Verhältnisse werden sich aber inwieweit vielfach so verändert haben, daß die Rücknahme der Testamente oder deren Abgabe an das zuständige Amtsgericht angezeigt erscheint. Entsprechende Anträge sind unter Beifügung des Hinterlegungsheftes an das Reichswehrministerium, Rechtsabteilung, Berlin W. 66, Leipziger Str. 5, zu richten.

Raunhof. In der Mühle Lindhardt findet, wie allwöchentlich, heute Donnerstagabend wieder das beliebte Gartenkonzert mit Feuerwerk und anschließendem Eileball statt.

Raunhof. Eine heutige Anzeige besagt, daß am Sonnabend, den 23. Juli abends 1/8 Uhr der Konzertsänger Paul Sonntag-Weiß einen Lieberabend im goldenen Stern veranstaltet. Wie uns mitgeteilt wird, ist derselbe ein Schüler des rühmlichst bekannten Kammerjäger Kase. In reichem Ausmaß bietet die Vortragsfolge Lieder und Balladen von Böse, Schumann, Schubert, Hermann, Dampferbink u. a. Auserlesene Genüsse haben daher die Besucher dieser Veranstaltung zu erwarten.

Raunhof. Lichtspielhaus. In dieser Woche gelangt der 5. Teil des Filmwerkes „Der Mann ohne Namen“, genannt „Der Mann mit dem eisernen Nerven“ zur Vorführung. Der Inhalt dieses 5. Teiles, der an Handlung, Ortswechsel und Landschaftsaufnahmen ebenso Außerordentliches bietet, wie die vorhergegangenen, nähert sich wieder der Haupt-handlung, nachdem im 2. bis 4. Abschnitt die Flucht und Verfolgung des Millionenbendes in den Vordergrund getreten war. Hier beginnt sich der Kreis zu schließen, die Ereignisse an der Goldküste führen wieder zum Anfang des Films. — Georg Jakob hat mit der Filmserie „Der Mann ohne Namen“ ein Filmwerk geschaffen, das nicht nur von dem Berliner Publikum, welchem es erstmalig vorgeführt, mit Begeisterung aufgenommen wurde, sondern allerorts, wie auch in Raunhof, von Anfang bis zu Ende des größten Interesses sicher ist.

Wie der Reichshohlenkommissar mitteilt, stehen zur Zeit Braunkohlen und Grube für den Hausbrand infolge des vielfachen Rückgangs der Industriebetriebe hinreichend zur Verfügung. Eine Verbilligung der Kohlen steht bei der wohl bevorstehenden Erhöhung der Kohlensteuer nicht zu erwarten. Es wird deshalb empfohlen, sich jetzt mit Rohbraunkohle und Napprehleinen einzudecken.

Wie bereits bekanntgegeben, sollen mit Rücksicht auf die schwierige Lage des Arbeitsmarktes, von der besonders die auf die Benutzung von Zeitschriften angehende werksmäßige Bevölkerung getroffen wird, die Preise der Monats- und Wochenkarten vom 1. September ab vorübergehend herabgesetzt werden. Der Preis der Monatskarten wird nicht wie gegenwärtig nach 20, sondern nach 16 Einzelschriften im Monat berechnet werden, sobald bei einer zweimaligen täglichen Benutzung in 8 Tagen die übrigen Schriften im Monat frei sind. Die Wochenkarten werden nicht wie jetzt zu 1/2, sondern zu 1/3 des Monatskartenpreises berechnet werden. Bei ihnen führt der Inhaber bereits nach Benutzung an 2 Wochentagen während des übrigen Teiles der Woche frei, sobald sich ihrer auch Kurarbeller mit Vorteil bedienen können. Zum Ver-

gleich der künftigen mögen folgende die Entfernungen von und 117 Mk., künft. IV. Kl. auf die gleich häufig 21, 42 und die entsprechenden 5,50, 11 und 16 Mk. für 6 km zu erheben genommene Ermäßigung als Vollstandsmaß der Dauer der geg. Arbeitsmarktes der wahren, die die C. Arbeitsort benutzte getretenen Tarifierberechnung und die fordert, kann der n. geführt werden. B. geltenden Höhe noch

Vereine unterrichteter Seite der frühen Polizeist. 2 Uhr nachts auch Versammlungsrechte und Vereine sollen werden. Die Landeshalten, bei großen T. Polizeistunde abzum. nachts zu gefassen, vorliegt.

Ernteschäden bleiben werden. sischen Landespolizei hauptmannschaften o. amten der Sächsischen durch Streifen zu G. sie fragen selbdrück. sächsischen Jäger u. polizeibteilungen in hauptmannschaften n. können.

Keine Fr. Sachsendienst von zu Jahre keine Fr.äbdr. ernährungsministeri. und die vom Auslan. um über die Ueberge. Ernte zur Verfügung.

Die neue. Modederichte aus. schon seit dem Herb. worden war, gegen. macht habe. Die n. tlich zeigten einen b. für aber, sagt der P. Arme und die Stark.

Die für. innerungsmal für ih. Denkmal besteht aus den Finbling von Gewicht von mehr künstlerischer Schön. hürmendenden Reiters. Augel getroffen hat. Namen im Besaal gefährt sind.

Grimma. daß im Mächsteich der Tolen wurde ein. seit Sonnabend von. ersichtlichen Gründen.

Wurgen. abend in den Waldun.

Im W. Rom.

„Nun, lieber. ein Glas Wein an. Papa noch länger.“

Der gute. Diese Mädel von. sie wünschte: nah. Weis, den sie ihm. andot.

Mit Mühe gef. gültige Worte zu. grenzenlosen We. teste, was er in. machte ihr eine to. Direktor zu emp. zu wünschen, und

Viktor Sch. Wehrmann hatte d. deuten, gewagt, u. Künstlerin nicht. Viktor Sch. danc. gehöte zum „Ba. schmadouu ihre. dafür Applaus. cabinet particulier. Gretchen — aber. nannte — war el. stand, ohne desha. Seit ihrer Ver. gement am Oper. den war, besaß sie. einer älteren Be. Richtig und Bes. aber auch ganz n. Es hatte gwa. fester, aber sie hat. von Knechtel u.

Viktor Sch. Wehrmann hatte d. deuten, gewagt, u. Künstlerin nicht. Viktor Sch. danc. gehöte zum „Ba. schmadouu ihre. dafür Applaus. cabinet particulier. Gretchen — aber. nannte — war el. stand, ohne desha. Seit ihrer Ver. gement am Oper. den war, besaß sie. einer älteren Be. Richtig und Bes. aber auch ganz n. Es hatte gwa. fester, aber sie hat. von Knechtel u.

Viktor Sch. Wehrmann hatte d. deuten, gewagt, u. Künstlerin nicht. Viktor Sch. danc. gehöte zum „Ba. schmadouu ihre. dafür Applaus. cabinet particulier. Gretchen — aber. nannte — war el. stand, ohne desha. Seit ihrer Ver. gement am Oper. den war, besaß sie. einer älteren Be. Richtig und Bes. aber auch ganz n. Es hatte gwa. fester, aber sie hat. von Knechtel u.

Viktor Sch. Wehrmann hatte d. deuten, gewagt, u. Künstlerin nicht. Viktor Sch. danc. gehöte zum „Ba. schmadouu ihre. dafür Applaus. cabinet particulier. Gretchen — aber. nannte — war el. stand, ohne desha. Seit ihrer Ver. gement am Oper. den war, besaß sie. einer älteren Be. Richtig und Bes. aber auch ganz n. Es hatte gwa. fester, aber sie hat. von Knechtel u.